

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags

Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 86, Alter-Lager-Platz Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postsekretion:

Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11508

Nürnberg.

10. Juni 1927.

Im festlich geschmückten Saale des Hofels „Deutscher Hof“ (Lehrerheim) in der alten Reichsstadt Nürnberg wurde am 18. Juni die 20. Generalversammlung des Verbandes bei Anwesenheit von 75 Delegierten, 3 Vertretern des Verbandsausschusses, der 7 Bezirksvereine und der 7 Mitglieder des Verbandsvorstandes eröffnet. Als Vertreter der Malerinternationalen waren ernannt die Kollegen Schmidt (New York), Rasmussen (Dänemark), Doosjes und Ploeger (Holland), Bakstad (Norwegen), Hompas (Österreich), Ljungquist (Schweden), Diehlem (Schweiz), Sindelar (Boschlowakes) und Széll (Ungarn); als Vertreter einzelner Organisationen die Kollegen Odenthal, Hamann vom Deutschen Handwerksbund, Melzer, Hamann vom Verband der Zimmerer, Wagner vom Dachdeckerverband und der Kollege Sabbath, Berlin, als Auftragsredner des IWO. Es ist das erste Mal seit dem Bestehen unseres Verbandes und darf als ein gutes Zeichen für die Anerkennung der Gewerkschaften gewertet werden, dass der Magistrat des Tagungsortes einen offiziellen Vertreter in die Eröffnungstagung entsandt hatte. Mit Herrn Rat Eichenmüller waren noch erschienen und nahmen an den weiteren Verhandlungen teil die Herren Hoffmann und Woelker vom Gewerbeamt, Herr Henschel vom Berufsamt und Herr Beer vom Magistrat der Stadt Nürnberg; außerdem der Kollege Kosta vom Ortsausschuss des IWO.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Streine, und Ehrung der dem letzten Verbandstage verstorbenen Mitglieder Herr Stadtrat Eichenmüller die Delegierten im Namen des Magistrats auf Nürnbergs historischem Boden herzlich willkommen. Keine Stadt Deutschlands hat so viele Maler mittelalterlichen Handwerks- und Kunstfleißes aufzuweisen, und die Teilnehmer können reiche Anregungen für ihre berufliche Tätigkeit mitnehmen. Auch in dieser Zeit hat sich das Leben nicht so reibungslos abgelebt. Bruno Schnitzler hat der schwer um ihre Existenz kämpfenden Arbeiterschaft des alten Nürnberg mit seinem Buch: „Gewerkschaftliche Kämpfe vor 300 Jahren“ ein wertvolles Denkmal gesetzt. Wie damals besteht auch heute die ortsansässige Bevölkerung zu vier Fünfteln aus tätigen, und der Verbandstag kann einer guten Aufregung in Nürnbergs Mauern sicher sein. Er schloß seine Verhandlungen mit dem Wunsche, daß die Tagung unserm Lande zum Segen gereichen möge. Der Genosse Kosta vom Ortsausschuss des IWO gab einen Rückblick auf die Bedeutung der Stadt Nürnberg für die Arbeiterbewegung. Im historischen Saale des alten Rathauses hat die Wiege der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland gestanden. Unter der Führung unserer unerschrockenen Vorkämpfer Bebel und Liebknecht hat hier im Jahre 1868 die Einigung der Lassalleaner und der Arbeiterbewegung, im Jahre 1922 die Wiedervereinigung der Sozialdemokratie und der Unabhängigen stattgefunden. Und wenn die „speziell bayerische Eigenart“ der Arbeiterzeitung trotz aller Anstrengungen in Nürnberg bis heute noch nicht so recht heimisch werden konnte, dann ist dies zulezt der aufklärenden Tätigkeit der freien Gewerkschaften zu danken, die trotz aller Anfeindungen einen Bestand von 55 000 Mitgliedern aufweisen können. — Im Namen der ausländischen Bruderorganisationen und der anderen Gäste richtete Kollege Doosjes vom holländischen „Bergezellenbond“ Worte herzlicher Begrüßung an die Generalversammlung. Der schwere Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unter dem alten Reichsvertrag hat eine Vertretung seiner Organisation an unserer Jubiläumstagung in Dresden ermöglicht. Mit um so größerem Interesse werden unsere Verhandlungen folgen, um ihre Beschlüsse auf

der nachfolgenden Konferenz nutzbringend für die internationalen Berufsorganisationen auszuwerten. — Für die Gewerbeinspektion gab Herr Hoffmann die Versicherung ab, daß sie unserer Tagung die größte Aufmerksamkeit zuwenden, habe sie doch seit langem die Erfahrung gemacht, daß sie sich in ihrer Tätigkeit jederzeit auf die Mitarbeit der freien Gewerkschaften stützen könne, wie der Arbeiterschutz auch immer da am wirksamsten durchgeführt wird, wo starke Gewerkschaften eine Gewähr für die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften geben. — Im Auftrage der Filiale Nürnberg wünschte Kollege Müller dem Verbandstage einen harmonischen Verlauf.

Zu Vorstehenden wurden die Kollegen Streine und Müller, Nürnberg, zu Schriftführern die Kollegen Gahn, Frankfurt a. M., Schrader, Hannover, Stallbaum, Dresden, und Smura, Karlsruhe, gewählt und als Mandatsprüfungskommission die Kollegen Mohrmann, Schmitz, Jango, Dalsp und Nübling bestimmt. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte erstattete Kollege Streine den Vorstandsbericht. Die großen Hoffnungen, die von der Dresdener Generalversammlung auf eine Besserung der Wirtschaftslage gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt. Einem kurzen Aufschwunge der Konjunktur folgte eine Zeit tiefer Depression, die ihren beredtesten Ausdruck in dem Anwachsen der Arbeitslosenziffern gefunden hat. Wenn dennoch die Stabilisierung unseres Verbandes weitere Fortschritte gemacht hat und die Mitgliederbewegung eine zwar langsame, aber stetige Aufwärtsentwicklung nachweist, so muß uns das mit den besten Hoffnungen für die fernere Ausgestaltung unseres Verbandes erfüllen. Am stärksten hatten unsere Lackiererkollegen unter der Not der deutschen Wirtschaft zu leiden. Ein übriges hat die mit allen Mitteln durchgeführte Rationalisierung beigetragen. So fand ein unausgesetztes Rückschluten der Kollegen aus der Industrie statt und nur ein Teil konnte in dem durch steigende Vermehrung der Kleinmeister und durch eine teilweise alle Grenzen einer vernünftigen Gewerbepolitik überschreitende Ueberfremdung mit Lehrlingen deprimierten Malergewerbe Beschäftigung finden. Der Verband hat seine Lohn- und Tarifpolitik trotz der ungünstigen Wirtschaftslage folgerichtig weitergeführt. Obwohl die Arbeitgeber allen Einfluß für eine Staffelung der Löhne einsetzten, konnte der Einheitslohn gehalten werden, und noch in letzter Zeit sind dahingehende Wünsche in absichtsstehenden Tarifgebieten trotz weitgehender Unterstützung von bezirklichen Schlichtern abgewehrt worden. Der Achtstundentag ist für unsern Beruf gesichert, und wenn unsere Bestrebungen auf Beseitigung des Ueberstundenunwesens nur zum Teil von Erfolg gekrönt waren, so muß uns das zu noch intensiverer Tätigkeit anspornen. Die soeben abgeschlossene Lohnbewegung brachte eine Lohnerhöhung von 6 bis 8 % auf der ganzen Linie. Unter Berücksichtigung der längeren Arbeitszeit und Umrechnung auf die 48-Stundenwoche ist gegen die Vorkriegszeit eine Erhöhung der Wochenlöhne von 70,3 % im Reichsdurchschnitt erreicht worden. Wertvolle Arbeit wurde auf dem Gebiete des Gesundheits- und Unfallschutzes durch unsere Beteiligung an der sozialhygienischen Ausstellung der „Gesofei“ in Düsseldorf geleistet. Leider muß immer wieder auf die Notwendigkeit besserer Berichterstattung durch die Filialen hingewiesen werden, ohne die eine wirkungsvolle Beeinflussung der Gesetzgebung auf Gestaltung der Sozialpolitik, Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweises, Berufsberatung usw. außerordentlich erschwert wird.

Neben dem „Fachblatt der Maler“, das sich in den zwei Jahren seines Bestehens die größte Achtung aller maßgebenden Berufskreise erworben hat, plant der Verband die Herausgabe weiterer fach- und berufstechnischer Literatur. Andere Aufgaben unseres Verbandes erfordern neben der unausgesetzten Tätigkeit der Funktionäre erhebliche Mittel, so daß die finanzielle Stärkung des Verbandes nicht außer acht gelassen werden darf. Eine geplante Konferenz der beruflichen Sozialbetriebe mußte

wegen der zur Zeit außerordentlich guten Geschäftslage und der dadurch stark in Anspruch genommenen Leiter auf eine etwas ruhigere Geschäftsperiode vertagt werden. Einige Anträge nehmen erneut zur Verschmelzungsfrage Stellung, obwohl die Dresdener Generalversammlung das Ergebnis der kurz vorher stattgefundenen Abstimmung durch ausdrückliche Anerkennung gewürdigt hat. Noch immer befinden wir uns in den Anfängen eines gründlichen Aufbaues der Organisation und auch die radikalsten Anhänger der Industrieverbände sollten einsehen, daß die praktische Verbandsarbeit durch das immerwährende Wiederaufrollen dieser, durch die tatsächliche Entwicklung nicht dringender gewordenen Frage nicht gefördert wird. Ueber die sonstige Tätigkeit des Verbandsvorstandes unterrichten die Jahrbücher des Verbandes, in denen auch die sachliche Stellungnahme des Verbandsrates entsprechende Würdigung gefunden hat.

Den Kassenbericht gab der Kollege Heilich. Die Fluktuation hat den in der Vorkriegszeit gewohnten Umfang wieder angenommen. Unter dem Druck der Verhältnisse sahen wir uns zu einer Reduzierung der weitgehenden Unterstützungssätze gezwungen, da in den letzten Jahren eine kaum tragbare Zunahme der Erwerbslosenmarken eingetreten ist. Es scheint fast, als ob in einzelnen Filialen die notwendige Kontrolle bei der Ausgabe der 10-Mark-Noten außer acht gelassen wird. Hier muß eine Aenderung eintreten; denn sowohl die Filialen als auch die Hauptkasse bedürfen der Stärkung. Während die ersteren durchschnittlich ein Drittel der Gesamteinnahme am Orte behalten, entfällt auf die Hauptkasse trotz wesentlich höherer Beiträge nur ein Betrag von 61 % pro Mitglied und Woche. Die Beitragsleistung ist also unter den Wirkungen der verheerenden Wirtschaftskrise nicht unerheblich zurückgegangen, während die finanziellen Anforderungen mit dem Aufgabekreis unsers Verbandes ständig im Wachsen begriffen sind. Wenn trotzdem eine Vermehrung des Verbandsvermögens eingetreten ist, so war das nur durch äußerste Sparsamkeit möglich. Der hoffentlich bald eintretende Beginn einer besseren Konjunktur wird eine erhöhte Kampfbereitschaft erfordern; deshalb dürfen wir in unserer intensiven Werbetätigkeit nicht nachlassen.

Ueber die Verbandsorgane berichtet Kollege Mark. Die Schriftleitungen haben immer nach dem Wahrspruch gehandelt, den die Filiale mit den Worten

„Leicht ist die Kraft des einzelnen gebrochen, Vereinte Kräfte wird man niemals unterjochen“ der Generalversammlung gewidmet hat. Wir haben deshalb allen Zerstörungstendenzen an der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung entgegengewirkt und haben alles getan, um die Einigkeit und Geschlossenheit in der Arbeiterschaft zu fördern. Wer sich der Mühe unterzieht und die einzelnen Jahrgänge unseres „Maler“ auf ihren Inhalt prüft, der wird eine klare und unzweideutige Linie ernsthafter Aufklärungsarbeit feststellen müssen. Nur so kann die Tätigkeit der Schriftleitung gewürdigt werden. Solange wir uns mit einer vierseitigen Herausgabe begnügen müssen und nur allmählich dazu übergehen dürfen, vierteljährlich und später vielleicht monatlich eine achtsseitige Nummer herauszugeben zu können, sind wir gezwungen, daran festzuhalten, daß allgemeine Fragen zwar laufend behandelt, berufliche Fragen aber in den Vordergrund unserer Betrachtungen gestellt werden. Die Anträge auf eine bessere technische Ausgestaltung sind durch die Tatsachen überholt, größerer Wert ist aber auf den geistigen Inhalt zu legen. Dadurch ist eine Beschränkung der oft recht breit angelegten Versammlungsberichte nicht zu umgehen; sie muß eintreten, wenn unter ihrem Deckmantel gewerkschaftsfeindliche Bestrebungen gefördert werden sollen. Auf die Mitarbeit der Kollegenchaft wollen wir nicht verzichten; sie muß aber von ehrlicher Ueberzeugung für den Verband getragen sein.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Verbandsausschusses, Kollege Bertram, Hannover, daß in der

Berichtsperiode nur drei Beschwerden zu erledigen waren, die streng nach dem Verbandsstatut behandelt wurden. Außerdem hat der Ausschuss bei der Besetzung einiger offener Stellen und der ausbildsweisen Anstellung einer Hilfskraft für den ersten Bezirk mitgewirkt. Im allgemeinen hat sich die Erledigung der Geschäfte in durchaus kollegialer Weise abgewickelt. — Die anschließende Aussprache, auf die wir in der nächsten Nummer des „Maler“ eingehen werden, bewegte sich in durchaus sachlichen Formen, so daß man schon bei der Abfassung dieser Zeilen einen guten Verlauf des Verbandstages voraussetzen kann.

Das Kapital im Dienste der Verbraucher- und Gewerkschaftsorganisationen.

Am Horizont der künftigen Wirtschaftsentwicklung zeichnet sich immer deutlicher die Linie ab, auf der das sozialistische Wirtschaftsprinzip seinem Ziele zustrebt. Die gemeinwirtschaftliche Idee marschiert nicht nur in Theorien, sondern auch auf dem Boden realer Tatsachen. Dabei braucht man nicht nur an das große Gebiet der Gemeinbewirtschaftung und der genossenschaftlichen Unternehmungsformen aller Arten zu denken, die sich einen immer größer werdenden Wirkungskreis schaffen und so automatisch die Privatwirtschaft zurückdrängen.

Das Bemerkenswerte in der neueren Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen bildet das Bestreben, ihre finanzielle Fundierung aus eigener Kraft zu bewirken. Die Gründung von Arbeiter-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbanken der Verbraucher hat in Deutschland und Oesterreich festen Fuß gefaßt; hier ausgehend von der Zielrichtung, den vorhandenen und neu ins Leben tretenden wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter und Verbraucher eine selbständige, vom privaten Bankkapital unabhängige Stütze zu geben. Wobei eine gewisse Gruppierung eingehalten werden mußte, weil die Gewerkschaftsbanken bei der „Besonderheit“ der gewerkschaftlichen Aufgaben und Aktionen — Streiks, Auslieferung, Unterstüßungsarbeiten — gezwungen sind, auf eine größere Flüssigkeit ihrer Geldmittel zu halten, als dies bei genossenschaftlichen Bankunternehmungen der Fall ist, wo fast ausschließlich wirtschaftliche Unternehmungen zu finanzieren sind.

Daß trotzdem diese finanzielle Kräftezerpflitterung kein wünschenswerter Zustand ist, braucht kaum gesagt zu werden; aber nach Lage der Dinge konnte diese Entwicklung leider nicht verhindert werden. Wenigstens in Deutschland nicht, während Oesterreich seine Arbeiterbank besitzt, die beiden Organisationskörpern zur Verfügung steht.

Indes ist nun in der Schweiz die Errichtung einer Genossenschafts- und Gewerkschaftsbank beschlossen worden, die die Aufgabe hat, sowohl den gewerkschaftlichen Aufgaben-, wie den genossenschaftlichen Wirtschaftskreis zu finanzieren. Zwar besitzt der Verband schweizerischer Konsumgenossenschaften eine eigene Bankabteilung, wie die der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg, aber ihre finanzielle Basis ist zu schmal, um all den Bedürfnissen zu dienen, die in den Gewerkschaften und Genossenschaften hervortreten. Außerdem bringt es auch manche Kantonalregierung fertig, dem Sparkassenbetrieb der Konsumvereine und ihres Verbandes allerlei Schwierigkeiten zu machen.

Darauf ist es also zurückzuführen, daß mit dem Sitz in Basel die „Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften“ gegründet wurde. Ihre finanzielle Reichweite ist aus dem Bestand der Bankabteilung des schweizerischen Konsumvereinsverbandes zu beurteilen, die Ende Dezember 1926 in Kontokorrent- und Deposteneinlagen und Obligationen einen Geldverehr von rund 38 Millionen Schweizer Franken buchte. Von Interesse ist es, daß die Bank in Form der Genossenschaft betrieben wird und daß sie sachgemäß „parteilos und konfessionell neutral“ ist, wodurch die Anteilnahme aller Organisationsrichtungen gewährleistet ist. Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Zweckbestimmung,

daß als Mitglieder Verbände, einzelne Genossenschaften und Gewerkschaften sowie andere Gesellschaften und Vereinigungen aufgenommen werden können, die die Förderung oder Sicherung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage bezwecken.

Diese Zweckbestimmung bildet den entscheidenden Faktor derartiger Bankgründungen, die finanzielle Fundamentierungsarbeiten für die Gemeinwirtschaft bedeuten. Ihre Bedeutung als finanzielle Sammelkammer für die Spargelder und Vermögensanlagen von Millionen Gewerkschaftern und Genossenschaftlern und ihren Organisationen und Unternehmungen ist so in die Augen fallend, daß sie in der Tat von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Gemeinwirtschaft angesehen werden müssen. Denn die Kapitalkraft der „kleinen Leute“ geht ebenso in die Milliarden wie ihre Kaufkraft. Und im organisierten Zustande — als Gewerkschaften und Genossenschaften — werden sie die Emanzipation von Privatkapital und Privatwirtschaft bedeuten, weil sie in der Lage sind, mit eigenem Kapital ihre eigene Warenkundschaft zu versorgen, was der tiefere Sinn des Kapitals im Dienste der Verbraucher- und Gewerkschaftsorganisationen ist, und woraus wiederum hervorgeht, daß man sich selbst das Kapital dienstbar machen kann und soll.

Große Erfolge der Gewerkschaften — trotzdem noch Hungerlöhne.

Das Institut für Konjunkturforschung macht in seinem soeben erschienenen Heft an Hand des Materials der Invaliden- und Angestelltenversicherung den Versuch, das Einkommen der Arbeiter und Angestellten festzustellen und die Verschiebungen in den Einkommensverhältnissen festzuhalten. Ein sehr lobenswertes Beginnen, von dem man nur wünschen kann, daß es Erfolg hat. Zunächst ist es von Interesse, daß in den ersten 4 Monaten des laufenden Jahres eine Erhöhung der tarifmäßigen Löhne von 8 bis 9 % festgestellt wird. Darin zeigen sich die gewerkschaftlichen Erfolge der letzten Monate sehr deutlich. Denn es darf wohl als ausgeschlossen gelten, daß ohne den kräftigen Vorstoß der Gewerkschaften eine solche Verbesserung eingetreten wäre.

Doch trotzdem zeigen die Untersuchungen des Instituts, mit welchem Hungereinkommen der größte Teil der deutschen Bevölkerung noch zu rechnen hat. Im März 1927 hatten 55,9 % der invalidenversicherten Arbeiter ein Einkommen bis zu 24 M die Woche. Bei den Angestellten hatten 37,5 % aller Versicherten ein Einkommen bis zu 100 M pro Monat. Doch dürften die Feststellungen im einzelnen von so hohem Interesse sein, daß wir die Zahlen hier bekanntgeben:

Lohnklasse	Wochenlohn M	Zahl der vollversicherten Personen, im Durchschnitt Januar—März entfallen auf die einzelnen Lohnklassen absolut v. % der Versicherten	
		absolut	%
1	bis 6	946 877	6,3
2	über 6 bis 12	2 527 931	16,9
3	„ 12 „ 18	3 015 055	20,2
4	„ 18 „ 24	1 870 070	12,5
5	„ 24 „ 30	1 399 895	9,4
6	„ 30	5 178 758	34,7
1—6	—	14 938 586	100,0

Bei den Angestellten, die der Angestelltenversicherung unterliegen, ergibt sich ein ähnliches Bild. Ein Monatsgehalt bis 50 M hatten 19,8 %, über 50 bis 100 M 17,6 %, über 100 bis 200 M 32,7 %, über 200 bis 300 M 17,5 %, über 300 bis 400 M 8 % und über 400 M 4,4 % der Versicherten. Rund 9,4 Millionen der versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten hatten ein Einkommen von weniger als 100 M pro Monat. Das Arbeitseinkommen der hier erfaßten Arbeiter und Angestellten pro Jahr beträgt ungefähr 22,4 Milliarden Mark.

Es ist eine traurige Feststellung, daß bei den gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gestiegenen Preisen die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten mit einem Einkommen von weniger als 100 M pro Monat auskommen muß. Denn

ein solcher Lohnsatz reicht auch zum bescheidensten kaum aus. Angesichts dessen muß man sich über die liche Gleichgültigkeit der meisten Hand- und Kopfarbeiter wundern. Die Gewerkschaften müßten mindestens einmal so stark sein, wenn jeder der deutschen Arbeiter Angehörigen seine Klassenlage erkennen würde. Die Kassallos gelten immer noch: Mit französischen oder östlichen Arbeitern kann man ohne weiteres über die Verbesserung ihrer Lage sprechen, aber dem deutschen Arbeiter muß man erst klarmachen, daß er sich in einer solchen Lage befindet. — Für unsere Vertrauensleute müßte hier mitgeteilten Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung ein Anlaß sein, mit allen Mitteln für Verstärkung ihrer Verbände bestrebt zu sein.

Sozialpolitische Verständigung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum?

Namhafte Sozialpolitiker haben in letzter Zeit in und Schrift mehrfach den Gedanken erwogen, die Verwaltung in den Organen der Sozialversicherung Sozialpolitik ausschließlich der Arbeiterschaft zu überlassen. Der Grund hierfür ist wohl in der Tatsache zu suchen, daß der Arbeitgeber die sozialen Lasten in die Preise rechnet und diese vom Konsumenten, aber nicht vom Arbeiter getragen werden. Der Arbeiter hingegen muß Anteil an sozialen Beiträgen ausschließlich seinem aus oder Gehalt bestehenden Einkommen entnehmen. keiner Lohnerhöhung hat die Steigerung Sozialbeiträge eine Rolle gespielt, ebenso wurde dadurch die Festsetzung der Zahlen der Lohnhaltungskosten, der sogenannten Indeziffern, irgendwem überlassen. Demgegenüber sind jedoch unternehmerseitig Verbesserungen mehrfach auch mit den gestiegenen Lasten begründet worden. Diese Gedankenengänge haben die deutsche Arbeitgeberzeitung“ veranlaßt, in Nummer 20 vom 15. Mai 1927 gleich in zwei Artikeln den Ausschluß der Arbeitgeber aus der Selbstverwaltung der Sozialversicherung den Kampf aufzunehmen. Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber will die Wirkung der Unternehmer in der Verwaltung der Sozialversicherung, weil die Mittel für die soziale Hilfe Endes von der Wirtschaft aufgebracht werden müssen. Unter dem Begriff Wirtschaft versteht die genannte Zeitung natürlich nur den Unternehmer. Gestützt übersehen, daß in der Wirtschaft außerdem der Arbeiter und Angestellte, und vor allen Dingen der Käufer und Verbraucher, ganz außerordentlich maßgebende Faktoren darstellen. Also, daß die Wirtschaft die Grundlage sozialpolitischen Aufbaus bilden muß, ist kein Grund für Unternehmertum besondere Rechte zu geben oder zu halten. Die Arbeitgeber werden ihre Mitwirkung kaum zu einer für die Versicherten gedeihlichen Verwaltung der Sozialversicherung auswerten wollen. In vergangenen Jahre wurde in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ die Krankenversicherung als eine Einrichtung bezeichnet, die zur Verweilung führt, und darüber die Fürsorge im Krankheitsfall als ein Beispiel des einzelnen bezeichnet. Die kommende Arbeitslosenversicherung wurde in dem gleichen Sinne als Ursache der Arbeitsunwilligkeit angesehen. Bekannt ist auch der Kampf der Arbeitgeber gegen die Ortskrankenkassen.

Die Nr. 12 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ ein Musterbeispiel gehässiger und unrichtiger Angriffe der Ortskrankenkassen. Außerdem werden in jeder Nummer der fraglichen Zeitung unter dem Abschnitt „politische Umschau“ solche Angriffe wiederholt. Eine Verwaltung nur durch Arbeiter ist dem Unternehmer so unangenehm, weil sie nicht durch alle Arbeitnehmer, sondern erklärlicherweise nur über und durch anerkannten Gewerkschaften erfolgen kann. Selbst dieselben Unternehmer, die durch ihre Organisationsorganisationsformen, wie Zwangsleistungen, auf Außenleiter in ihren Reihen mit Mitteln vorgehen sie von den Gewerkschaften gegen unorganisierte Arbeiter niemals angewendet werden, nehmen sich der Arbeiter

Peter Paul Rubens

Zum 350. Geburtstag am 28. Juni 1577.

Kunstwerke lassen uns in verschollene Zeiten einen Blick tun, der uns mehr zeigt, als es handschriftliche Zeugnisse vermögen; denn die Kunst läßt uns mit sinnlicher Unmittelbarkeit das erleben, was Wesen und Bedeutung einer vergangenen Epoche ausmacht. So wird uns das niederdeutsche Hochbarock lebendig, wenn wir das Werk von Peter Paul Rubens betrachten.

In Siegen bei Köln wurde er geboren; seine angesehenen Eltern stammten aus Antwerpen, der kunstberühmten Stadt und dort verbrachte der junge Peter Paul auch seine Lehrjahre. Zünftige Meister bildeten ihn; von 1600 bis 1608 weilte er in Italien, mit einer kurzen Unterbrechung, einer Reise nach Spanien. Italien wurde seine Meisterlehre; schon berühmt als Porträtist und Altarmaler wurde Rubens 1609 zum Hofmaler von Albrecht von Oesterreich und dessen Gemahlin, Isabella von Spanien, ernannt, die damals in den Niederlanden registriert. Dem jungen Meister lachte das Glück; er führte damals eine wunderschöne Frau heim, Isabella Brant, die sein Pinsel uns gar oft überliefert hat, so in jenem berühmten Gemälde der Münchener Pinakothek, das beide jugendlichen und reich gekleidet, Hand in Hand in einer Laube zeigt und von der hohen Bildniskunst Rubens Zeugnis ablegt.

Nicht bloß Ruhm brachte dem großen Maler seine Kunst; auch reichen Gewinn. Rubens lebte als Grandseigneur; er konnte die Fälle der Aufträge nicht mehr allein bewältigen; Freunde und Gehilfen wurden herangezogen, letztere zu Unterzeichnungen und Ausführungen nebenwärtlicher Partien an den großen Tafel- und Altarbildern, erstere zu kleineren Aufgaben. Es existiert ein entzückendes Bild: Adam und Eva im Paradies; da hat Rubens die beiden Akte gemalt, Bregghel der ältere aber, sein Freund und Kollege, die Tiere, und aus diesem Schaffen beider Künstler ist etwas Wunderliches und seltenes

Harmonisches entstanden. Bregghel hat auch auf vielen Bildern Rubens die Blumen und Kränze, die dieser als üppige Dekoration anzubringen pflegte, beigelegt. Auch Anton van Dyk, der Rubens Schüler gewesen war, hat sich als vollendeter Meister noch öfters zu gemeinsamer Arbeit mit seinem Lehrer zusammengefunden.

Dieses reiche, schaffensfrohe Leben ging bis 1621; da starb die geliebte Gattin, und der Meisterschüler van Dyk verließ Antwerpen; Rubens wurde Hofmaler Karl I. von England. Aus dem verwaisten Heim zog der Meister in die große Welt hinaus. Mit den Großen der Erde in steter Berührung, bot sich ihm ein neues, interessantes Betätigungsfeld. Die Höfe von Paris und Brüssel betrauten ihn mit diplomatischen Aufträgen, und in Verfolgung dieser Geschäfte finden wir ihn in den Jahren 1622 bis 1630 an den damaligen Kunstzentren von Paris, Madrid und London. Nicht nur seiner diplomatischen Aufgaben erledigte er sich mit Würde und Geschick, sondern auch neue wertvolle künstlerische Anregungen gewann Peter Rubens auf diesen Reisen. Und neues Glück erblühte ihm, als er sich 1630 mit der verführerisch schönen Helene Fourment vermählte. Was ihm Helene war, ersehnt man aus den zahlreichen Bildern, in denen er sie gefeiert und verehrt hat: Helene in eleganter Hoftoilette, Helene im Schäferhut, wie sie in den Garten geht, Helene mit ihren Kindern, Helene in pikanter Pose, halb von einem Pelzmantel mehr verhüllt als verhüllt, Helene als Nymphe und Heilige, als Schächerin und Göttin — überall Helene, die mit ihrem frischen, üppigen Liebreiz zur Muse des Künstlers wird.

In diese Zeit fallen die bedeutenden Fresken für den Pariser Luxembourg, jetzt im Louvre, in welchen Rubens das Leben der Maria von Medici, der Gemahlin Heinrich IV., allegorisch darstellt; ferner die berühmte, hellfarbige Himmelfahrt Marias in der Kathedrale von Antwerpen und sein ebenso berühmtes Selbstporträt. Ueber 2000 Gemälde sind aus Rubens Werkstätte hervorgegangen! Waren auch Mithelfer

da, man ermesse dennoch den gigantischen Fleiß des Künstlers, der eben dadurch sein Genie dokumentiert. In ungebrochener Kraft war Rubens noch eine halbe Spätzeit vergönnt, bis ihm der Tod 1640 den Pinsel der nimmermüden Hand nahm. Nur 63 Jahre hatte jenseitene Künstlerleben gewährt, und doch drängt diesem halben Jahrhundert des Schaffens die ganze und Fülle des Barock zusammen, dessen größter, charakteristischster Repräsentant auf dem Gebiete der Malerei Rubens ist. In ihm verschmilzt sich süd- und norddeutsche Kunstströmung, und dabei zeigt er sich als der eigenbeste Vertreter flamischer Kunstschaffens. Alles was Kunst erfasst: das Tafelbild mythologischen Inhalts wie das kirchliche Altargemälde, das Porträt so wie das Historienstück. Und es gibt Landschafts- und Bilden von seiner Hand, in denen er sich von einer anderen Seite zeigt, ein Beweis für die allumfassende seitigkeit dieser Künstlernatur, in der die ganze ungeheure Lebensfülle des Barock sich verkörpert hatte.

Diese Zeit voll Frömmigkeit und Sinnlichkeit, Glanz entzücken und oft derber Erdenlust, diese Zeit der strebenden Fürstenabsolutismus und eines reichen, liebenden Bürgerturns, das der Frühblüte des Kapitalismus entspricht, hat in Rubens einen Darsteller gefunden, uns Heutigen noch immer wieder etwas zu sagen, geben hat. Gerade so, wie er den Großen das Leben seine Kunst festlicher gestaltete, wie er die wohlhabenden flandrischen Bürger lehrte, ihre Häuser nach den geneuesischer Paläste weitläufig zu bauen, worüber eigenes Werk schrieb — und damit Raum zu schaffen Malkunst aller Art, gerade mit solch liebevoller Intensität hat er sich auch dem Leben und Treiben des Volkes zugewendet, es bei Arbeit und Spiel belustigt, Hellensturz der Verdammten zur niederländischen — in solch weitem Bogen spannt sich die Kunst des Rubens, den seine Zeitgenossen mit Recht den größten der Maler nannten.

henden derartig an. Zum mindesten ist dieser einseitige Charakter verdächtig.

Eigenartigerweise glauben die Unternehmer durch ihre Mitarbeit in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung eine Verständigung mit der Arbeiterschaft im Rahmen der Möglichkeiten herbeiführen zu können. Ergößliche Gegenstände und Widerstände. Oder will man hier mit Wurf nach der Speckseite werfen?

Verdächtig ist es, daß ein größerer Einfluß der Unternehmer in der Verwaltung der Sozialversicherung gerade in den Interessenten befürwortet wird. Die Stellung der Arbeiterschaft als Träger der Sozialversicherung muß der Selbstverwaltung den weitesten Einfluß haben. Der Heranziehung der Unternehmer würde man sich nicht übersehen, wenn sie den Zweck hätte, diese Kreise zur Mitarbeit bei allen Maßnahmen zur Gesundheitshaltung der Arbeiterschaft heranzuziehen. Es kann aber nur erreicht werden, wenn die Unternehmer in dieser Frage ihren an glatte Verneinung grenzenden Standpunkt aufgeben. Bis jetzt benutzen sie die Mitarbeit in der Selbstverwaltung nur zur Sicherung ihrer eigenen Interessen. Denn die bisherige Mitarbeit hat Organe der Unternehmer nicht abgehalten, an den Beschlüssen der Sozialpolitik schädliche Kritik zu üben. In dem ersten Willen der Unternehmer zur Mitarbeit in der Selbstverwaltung werden, wenn die eigenen Einrichtungen an sogenannten Wohlfahrts- und Pensionskassen usw. im Interesse einer einseitigen fortwährenden Sozialpolitik aufgegeben werden. Das gilt auch bezüglich der Betriebs- und Innungskassen. Also mögen die Herren erst einmal die Vorbedingungen für eine fruchtbringende Mitarbeit abklären, dann lasse sich weiter darüber reden.

Aus unserm Beruf

Die Differenzen in Rheinland-Westfalen beigelegt.

Wie schon berichtet, hatte eine Konferenz beschlossen, der zu ergreifenden Kampfmaßnahmen auch den Antrag der Reichsarbeitsverwaltung auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 12. Mai zu stellen. Auf Veranlassung der Reichsarbeitsverwaltung fanden am Freitag, 10. Juni, mit dem stellvertretenden Schlichter über den gestellten Antrag Verhandlungen statt. Die Verhandlungen, die zunächst nur der Verbindlichkeitsklärung dieses Antrages gelten sollten, führten zu allgemeinen Verhandlungen mit dem Innungsverband. Nach sehr erregten Auseinandersetzungen kam folgende Einigung zu:

1. Die Parteien einigen sich auf die Lohnregelung, wie unter 1 des Schiedspruches der Schlichterkammer vom 12. Mai 1927 vorgeschlagen ist.
2. Die neue Lohnregelung gilt ab 10. Juni 1927. Die dem Spruch vorgesehene weitere Lohnerhöhung ab 1. Oktober 1927 tritt bereits ab 2. September 1927 in Kraft. Lohn erhöhungen werden auf die Löhne gezahlt, die am 1. Mai 1927 bestanden.
3. Die neue Lohnregelung ist unkündbar bis zum Februar 1928 und kann von da ab mit einmonatiger Frist jeweils zum Monatsende gekündigt werden.
4. Die Tarifparteien erklären sich bereit, einen neuen Tarifvertrag auf der Grundlage der Verhandlungen vom 1. April 1927 abzuschließen. Ausgenommen ist die Regelung der Löhne, über die die Parteien noch verhandeln werden.
5. Der Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung des Tarifvertrages wird sofort zurückgezogen.
6. Die Arbeit wird in den bestreikten Orten sofort wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Ausschließlich des Urlaubsanspruches streikender Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis durch den Streik als nicht unterbrochen.
7. Die streikenden Kollegen von Münster und Eibersfeld nahmen noch am Samstag, 11. Juni, zu dem Ersuchen Stellung. In beiden Versammlungen wurde beiderseits zum Ausdruck gebracht, daß das Einigungsverständnis nicht befriedigt. In Resolutionen, die mit Mehrheitsannahme fanden, wurde die Unzufriedenheit mit dem Verhandlungsergebnis dargelegt. Die Bezirksleiter beider Städte wurden beauftragt, dem Innungsverband dieses Kenntnis zu bringen. Aus Gründen der Disziplin erließen sich die Streikenden bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Kampfmaßnahmen der Kollegen haben dazu geführt, den Innungsverband umzustimmen und den zuerst abgelehnten Schiedspruch anzuerkennen. Mögen alle Kollegen aus den Vorgängen erkennen, daß nur durch die gute Organisation und geschlossene Handeln bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen sind.

Streit gegen die Errichtung einer Innungskrankenkasse für das Malergewerbe.

Eine gut besuchte Versammlung der Maler- und Weißbinder beschäftigte sich am Mittwoch, 8. Juni, mit der Errichtung einer Innungskrankenkasse, die die Maler- und Weißbinderzünfte einzuführen beschlossen haben. Der Vorsitzende hielt Genosse Fr. Kiesel einen instruktiven Vortrag über das Wesen der Krankenversicherung und beleuchtete eingehend die verschiedenen Arten von Kassen der Sozialversicherung, wie der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der Betriebskrankenkasse und Innungskrankenkasse. Das Streben und Ziel der Arbeiterschaft sei darauf gerichtet und müsse es sein, eine einheitliche Krankenversicherung zu erreichen, die die Allgemeinen Ortskrankenkasse für alle Berufe und Schichten darstellen. Redner betonte die Kampfesweise der sozialen Reaktion und erklärte das wahre Gesicht des Unternehmertums, wie es die Sozialversicherung vorstellt, treffend. Wenn Unternehmer dann dazu übergehen, Innungs- oder Betriebskrankenkassen zu errichten, so doch nicht aus der Überzeugung, der Arbeiterschaft bessere Einrichtungen als die bestehenden zu geben, sondern, damit solche Kassen über- oder ganz unter ihren Einfluß und ihre Hoheit zu

bringen. Solche Kassen sind als Spaltergebilde in der Krankenversicherung zu bezeichnen, sie begünstigen die Reaktion und benachteiligen die Versicherten durch Abhängigkeit vom Unternehmer.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Intrigen des Unternehmertums bei der Arbeiterschaft nicht verfangen können und durchsichtbar seien. Was ein Herr Ernst von Vorsig als Unternehmervertreter mit seinen „Betrachtungen eines Unternehmers zur Sozialpolitik“ sich leistete, sei der Gipfel der Reaktion und komme einer Verböhnung der Arbeiterschaft gleich. Wenn die Frankfurter Zwangsinnung für das Malergewerbe mit ihrem Beginnen sich auf § 250 der AVO stütze, so sehe die Kollegenschaft darin eine Mißachtung ihres Willens. Es sei eine starke Brückierung der Gehilfenschaft, ihr eine Krankenkasse aufzuzwingen, bei der nur der Gesellenausfluß zu hören ist, aber sonst keinen positiven Einfluß hat. Uebrigens seien Innungskrankenkassen als überlebte Gebilde zu bezeichnen. Die Verhandlung wird aufgeschoben, die Kollegenschaft zu gemeinsamer Abwehr aufzurufen. Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

Die am Mittwoch, 8. Juni 1927 im großen Saale des Gewerkschaftshauses zu Frankfurt a. M. tagende, gut besuchte Mitgliederversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer und Weißbinder nimmt Kenntnis von dem Plan der Zwangsinnung für das Maler- und Lünchergewerbe zu Frankfurt a. M., eine Innungskrankenkasse zu errichten. Gegen derartige Bestrebungen wendet sich die Gehilfenschaft ganz entschieden und protestiert dagegen, daß ihr eine Krankenkasse aufgezwungen werden soll, bei deren Einführung sie weder Einfluß noch Mitbestimmungsrecht hat. Dieser Beschluß der Innung komme einer Brückierung und Willensmißachtung der gesamten Gehilfenschaft gleich. Die Versammlung erblickt in der geplanten Errichtung der Innungskrankenkasse von der Arbeitgeberinnung Maßnahmen, die sich gegen die Sozialversicherung im allgemeinen wie gegen die Ortskrankenkassen im besonderen richten. Diese Maßnahmen bezwecken nur, das bestehende Mitbestimmungsrecht der Versicherten zu beseitigen. Der von Arbeitgeberverbänden und der Industrie geführte Kampf gegen die Sozialversicherung überhaupt verpflichtet alle Werkstätten und Schaffenden, mit doppelter Energie für die Erhaltung der bestehenden Einrichtungen einzutreten. Die Gehilfenschaft des Maler- und Weißbinderzünfte lehnt einstimmig eine Versicherung in einer solchen Kasse ab und erhebt deshalb schärfsten Protest gegen die Neugründung einer Innungskrankenkasse. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Errichtung einer Innungskrankenkasse zu verhindern. Ph. H.

Baugewerbliches

„Wohnungswirtschaft“, die Zeitschrift der gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Wohnungsfürsorgegesellschaft. Demog., Deutsche Wohnungsfürsorge Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin S. 14, Inselstr. 6, Publikationsorgan der Demog.-Revisionsvereinigung. Das soeben erschienene umfangreiche Sonderheft dieser Zeitschrift, die Nr. 10/12, enthält eine Anzahl interessanter Arbeiten über aktuelle Probleme des gemeinnützigen Wohnungsbaues, die durchweg einen konsequent gemeinwirtschaftlichen Standpunkt vertreten. Der Leitartikel von Richard Linneke behandelt sehr ausführlich und gründlich, gestützt auf gutes Material, die viel umstrittene Frage des amerikanischen Riesenauprojektes für Berlin. Ein weiterer Artikel von Titus Laub behandelt ein Heim für alleinstehende berufstätige Frauen in Stuttgart. Dr. Erna Meyer, München, schreibt über Wohnung und Entlastung der Frau. Architekt Oreste Libohay, Frankfurt a. M., behandelt das Thema Arbeitersparnis im Haushalt durch neuen Wohnungsbau. Ferner bringt das Heft aus dem neuen Hause von Bruno Taut, dem bekannten Architekten, einen Ausschnitt über die Küche usw. unter dem Titel „Der gedeckte Tisch“. Dipl.-Ing. Ella Briggs schreibt über Elektrizität im Haushalt. Ferner enthält das Heft, neben dem Geschäftsbericht der Demog aus dem Jahre 1926, eine Fülle von kleineren Notizen und kurzen Abhandlungen. Ueber Finanzierung des Wohnungsbaues, über neue Tochtergesellschaften der Demog und insbesondere über das Wochenendproblem und über den Versuchsfonds zur Rationalisierung des Wohnungswesens wird eingehend berichtet. Das Heft ist über 30 Seiten stark und hat 28 interessante Abbildungen, darunter solche von Kucheneinrichtungen und sehr guten Wohnungsbauten in Hamburg. Die Zeitschrift sollte von allen am Wohnungswesen interessierten Organisationen und Persönlichkeiten gelesen werden.

Berufsunfälle

Chemnitz. Am 3. Juni verunglückte der 15½-jährige Malerlehrling Herbert Thiemer beim Anstreichen eines Abfallrohres der Dachrinne in der Palmstraße durch Absturz vom 4. Stock auf das Trottoir tödlich. Wie war das möglich? Trägt schlechter Gerüstbau die Schuld oder waren andere Umstände die Ursache des Unglücks? Wer Sachmann ist, mußte feststellen, daß das Gerüst einwandfrei gebaut, aber den Fehler hatte, daß es ungefähr einen halben Meter zu kurz war, das heißt, vom Gerüst bis zum Ende der Hausfront fehlte ein halber Meter Gerüst. Da das Abfallrohr der Dachrinne auch auf der andern Seite — vom Gerüst aus gesehen — gefächert werden mußte, mußte sich der Lehrling beim Streichen dieses Abfallrohres sehr weit über das Ende des Gerüsts hinauslehnen, und nur darauf ist der Unglücksfall zurückzuführen. Wäre das Gerüst bis zum Ende der Hausfront gebaut worden, so hätte der Unglücksfall zweifellos nicht eintreten können. Der Vorwurf für diesen Unglücksfall ist nach unserer Ansicht nur demjenigen zu machen, der angeordnet hat, daß das Gerüst nicht länger gebaut wurde. Ferner dürfte aber auch der Malermeister Hilfer diese gefährvolle Arbeit von dem Lehrling nicht ausführen lassen.

Hof. Am 9. Juni verunglückte der Kollege Hans Brandel beim Aufräumen. Es löste sich ein Gipsstein, der sämtliche Bohlen und Barrieren durchschlug und den Kollegen Brandel aus 9 Meter Höhe mit in die Tiefe riß.

Mit schweren inneren Verletzungen mußte er in das städtische Krankenhaus geschafft werden. Sein Zustand ist bis zum heutigen Tage noch sehr bedenklich. Der Kollege Griger sowie der Lehrling Schuster konnten sich an einer Leiter festhalten und kamen mit dem Schrecken davon. Die Schuld an diesem schweren Unfall muß noch geprüft werden.

Am 7. Juni erlitt in Hof beim Aufräumen Kollege Raab einen Unfall, der glücklicherweise keine schlimmeren Folgen hatte. Als die Kollegen mit dem Aufstellen vom Gerüst fertig waren, überzeugten sie sich, daß alles in Ordnung war. Am nächsten Tage sollten Maurer auf das Gerüst. Als Kollege Raab die unterste Kaffung durchging, zerbrach plötzlich eine Sprosse und er fiel aus 4 Meter Höhe auf das Pflaster; ein Bluterguß und Verstauchung des rechten Fußes sind die Folgen des Unfalles. Die Sprosse war innen total durchgefallen.

Saarbrücken. In der Pfingstwoche verunglückten 2 Kollegen der Firma Gögge bei der Ausführung von Malerarbeiten in der Deutschen Bank dadurch, daß eine mit einem Strick gebundene Doppelleiter auf dem glatten Parkettboden ausrutschte und auseinanderbrach.

In derselben Woche arbeiteten verschiedene Kollegen der Firma Schwarz an einer Fassade von Anlege- und Jugletern aus, trotzdem ein Leitergerüst hätte angebracht werden können. Infolge des stürmischen Wetters kam eine Jugleiter ins Rutschen, und nur der Geistesgegenwart des Kollegen Hell war es zu danken, daß er nicht abstürzte, sondern nur leichte Verletzungen erlitt.

Sozialpolitisches

Warum wandern so viele Deutsche aus? Nach den Angaben des Statistischen Reichsamts sind im Jahre 1926 64 985 Deutsche ausgewandert, von je 100 000 Einwohnern haben also 103 die Heimat verlassen. Gegenüber 1924 und 1925 liegt eine leichte Steigerung vor, doch ist die Zahl der Auswanderer um rund 50 000 hinter der Auswanderungsziffer vom Jahre 1923 zurückgeblieben, aber sie ist erheblich höher als 1921 und 1922, was sich aus folgender Aufstellung ergibt. Es wanderten aus:

Jahr	Im ganzen	Auf 100 000 Einw.
1921	23 451	—
1922	38 527	60
1923	115 416	187
1924	58 328	94
1925	62 828	97
1926	64 985	103

Man muß sich darüber klar sein, daß die Auswanderer fast durchweg Arbeiter und Angestellte sind, zum Teil auch abgebaute Beamte, die damit rechnen, im Auslande leichter ihr Fortkommen zu finden als zu Hause. Bei der geringen Aussicht, in Deutschland überhaupt noch dauernde Erwerbsmöglichkeit zu finden, versuchen viele, über das Große Wasser zu kommen. Sicherlich wäre die Auswanderungsziffer noch erheblich höher, wenn das Geld nicht zu knapp zum Reisen wäre und wenn man wüßte, wo man sich hinwenden kann, um in dem unbekanntem Lande Boden unter den Füßen zu bekommen. Aber all das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier um ein volkswirtschaftliches Problem handelt, das auch noch andere Seiten hat. Die niedrigen Löhne und Gehälter, die in Deutschland zur Zeit gezahlt werden, sind gewiß nicht geeignet, den Arbeiter und Angestellten im Betriebe zu halten. Bei dieser Entlohnung kann ihm niemals die Hoffnung werden, für spätere Tage etwas zu erübrigen. Was liegt näher als der Gedanke, auszuwandern nach Ländern, wo mehr verdient wird. Aber um der Auswanderung vorzubeugen, dazu ist nicht bloß die Erhöhung der Löhne und Gehälter notwendig, sondern auch die Verkürzung der Arbeitszeit. Es müssen alle die wieder einen Platz im Produktionsprozeß finden, die herausgeworfen wurden und trotz aller Mühe und Anstrengung nicht wieder hineinkommen können. Wer monatelang und länger als ein Jahr erwerbslos bleibt, den verlockt leicht jede geringe Aussicht zum Auswandern. Dann werden die letzten erparnten Groschen zusammengefaßt, der letzte Hausrat wird verkauft, um das nötige Geld zusammenzubekommen, daß es zur Reise reicht. Wenn also die Auswanderung verringert werden soll, dann ist damit zu beginnen, die Lebenshaltung erträglich zu machen. Ausreichende Löhne und Gehälter und eine menschliche Arbeitszeit sind die besten Mittel dafür.

Das Volksvermögen und die Arbeiterschaft. Mit Volksvermögen bezeichnet man den wirtschaftlichen Reichtum eines Landes. Der große Krieg hat natürlich auch auf diesem Gebiete wesentliche Veränderungen gebracht. Die am Kriege beteiligten Staaten wurden ärmer, während andere, zum Beispiel die Vereinigten Staaten, gewannen. Das Volksvermögen pro Kopf der Wohnbevölkerung beträgt gegenwärtig ungefähr in

Großbritannien	12 600 M	Schweden	3 340 M
Vereinigte Staaten	11 700 "	Tschechoslowakei	3 020 "
Schweiz	9 440 "	Jugoslawien	2 840 "
Spanien	5 800 "	Rumänien	2 580 "
Belgien	5 760 "	Italien	2 540 "
Frankreich	5 468 "	Portugal	2 400 "
Deutschland	5 000 "	Oesterreich	2 160 "
Holland	4 580 "	Griechenland	1 740 "

Beachtenswert ist, daß die Schweiz neben Großbritannien in Europa an der Spitze steht. Die Schweiz hat fast gar keine Rohstoffe und ist im Bezuge derselben vom Auslande abhängig. Dennoch übertrifft sie Deutschland fast um das Doppelte. Deutschland steht nicht am schlechtesten da. Man könnte nunmehr die Frage stellen, wie ist das Volksvermögen unter der Bevölkerung verteilt? Das Ergebnis ist nicht sehr rosig. Gerade in Deutschland ist der Reichtum des Landes unter einer verhältnismäßig kleinen Schicht der Bevölkerung verteilt. Auf eine Familie zu 4 Köpfen gerechnet kämen nach obiger Aufstellung 20 000 M. Welche Familie ist in der glücklichen Lage, ein Vermögen von 20 000 M. ihr eigen zu nennen? Die große Masse besitzt nichts als die nackte Existenz. Und um diese Existenz muß sie unablässig ringen.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Das Vieh als Keimgift. Die Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene hat mit Unterstützung des Deutschen Hygienemuseums Dresden in Berlin eine eugenische (rassenhygienische) Ausstellung veranstaltet und führt dort auch reichlich wertvolles statistisches Material in Zahlen und Diagrammen vor, darunter auch die Wirkungen des Vieles als Keimgift im Mutterleibe. Hat der Organismus der Mutter Keimstoffe aufgenommen, so wirkt sich die mehr oder minder schwere Vergiftung bei der Sterblichkeit der Kinder solcher Frauen fürchtbar aus. Von 123 solchen Kindern starben im Mutterleibe 73, im ersten Lebensjahr 20, im zweiten Lebensjahr 8, im dritten Lebensjahr 7, später 1, am Leben geblieben sind also nur 14. Das sind geradezu erschütternde Zahlen.

Arbeiterversicherung

Kürzung auch der „Altersrenten“ neben Unfallrenten? Durch das Gesetz vom 25. Juni 1926 sind bekanntlich für die Invalidenversicherung die durch frühere Gesetze (vom 23. Juli 1921 und 21. Juli 1922) beseitigt gewesenen Rentenkürzungen bei gleichzeitiger Bezüge von Unfallrenten wieder eingeführt, wenn auch in anderer Form. So ruht nach § 1311 RVO. in der neuen Fassung der Teil des Grundbetrages der Invalidenrente, der dem vom Versicherten bezogenen Teil der Vollrente aus der Unfallrente entspricht, wenn „die Invalidität Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalles“ ist. Die Landesversicherungsanstalten stellen sich nun allgemein auf den Standpunkt, daß die Rentenkürzungen auch vorzunehmen sind, wenn die Rente aus der Invalidenversicherung gar nicht wegen Invalidität, sondern wegen des Alters, wegen Vollendung des 65. Lebensjahres, zuerkannt wurde.

Gegen solche Rechtsauffassung hat sich kürzlich in mehreren Fällen das Oberversicherungsamt Schwerin ausgesprochen durch Aufhebung der Rentenkürzungsbescheide. In einem Falle wird zur Begründung angeführt: „Die Spruchkammer konnte die Voraussetzungen des § 1311 RVO. (neue Fassung), nämlich, daß die Invalidität Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalles ist, nicht als erfüllt ansehen; es hieß nach Ansicht der Spruchkammer dem Gesetze anzu, wollte man unter die neuen Ruhensbestimmungen des § 1311 auch die Altersrente nach der bis zum 1. Januar 1923 geltenden Fassung des Gesetzes mit einbegreifen. Die bisher von der Landesversicherungsanstalt gewährte Rente ist wegen Alters, nicht aber wegen Invalidität gewährt. Zwar dürfte heute kein Zweifel daran bestehen, daß der Berufende auch invalide im Sinne des Gesetzes ist, jedoch fehlt es immer an der Voraussetzung, daß die Rentengewährung durch Folgen eines entschädigungspflichtigen Unfalles bedingt ist. Der Berufende hatte nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen einen Rentenanspruch auf Grund des besonderen Versicherungsfalles des Alters (Erreichung des 65. Lebensjahres). Dieser selbständige Anspruch kann durch die neuen Ruhensbestimmungen nicht getroffen werden.“

Da bisher das Reichsversicherungsamt eine grundsätzliche Entscheidung in der hier strittigen Frage noch nicht gefällt hat, ist allen Beziehern von „Altersrenten“ aus der Invalidenversicherung im Falle einer Kürzung im Sinne des § 1311 RVO. dringend zu raten, gegen den Kürzungsbescheid Berufung einzulegen, und zwar auch dann, wenn die Rente aus der Invalidenversicherung nicht schon nach den alten, sondern erst nach den neueren Vorschriften wegen Vollendung des 65. Lebensjahres, „also wegen Alters, nicht wegen Invalidität, zuerkannt wurde oder wird. Denn auch hier fehlt eben die grundlegende Voraussetzung für die Rentenkürzung, nämlich, daß die Rentengewährung durch Folgen eines entschädigungspflichtigen Unfalles bedingt ist.

Abfindung von Unfallrenten.

Bekanntlich können die Berufsgenossenschaften einen Unfallverletzten, wenn seit dem Unfall mindestens zwei Jahre vergangen sind und die Rente des Verletzten nicht mehr als ein Zehntel der Vollrente beträgt, durch Gewährung des dreifachen Betrages seiner Jahresrente abfinden. Bei den Berufsgenossenschaften war nun bisher allgemein ein Verfahren beliebt, nach welchem bei Herabsetzung einer Rente auf 10 % der Vollrente gleichzeitig ein Abfindungsbetrag miterteilt wurde, so daß der Verletzte überhaupt gar nicht erst in den Bezug der zehnjährigen Rente gelangte. Gegen dieses Verfahren hat sich nun das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung gewandt, indem es den betreffenden Abfindungsbescheid aufhob und dazu ausführte (Ia. 4506/26; Amtl. Nachr. 1927 S. 300 ff.):

„Aus dem Wortlaut des § 616 Abs. 1 RVO., der voraussetzt, daß die Rente des Verletzten nicht mehr als 10 % „beträgt“, und der die Abfindungssumme für den Verletzten auf den dreifachen Betrag „seiner Jahresrente“ festsetzt, ist zu entnehmen, daß eine Abfindung nach dieser Gesetzesvorschrift nur in Frage kommen kann, wenn der Verletzte eine Rente von 10 % der Vollrente bereits bezieht. Dies ergibt sich auch aus § 613 RVO., nach dem die Rente noch für den vollen Monat gezahlt wird, in dem die Voraussetzungen für ihren Fortfall eintreten. Die Abfindung auf Grund des § 616 Absatz 1 RVO. ist daher dann nicht zulässig, wenn . . . der Verletzte tatsächlich noch eine höhere Rente bezieht, mag diese auch bereits mit Wirkung von einem späteren Tag ab auf eine Teilrente von 10 % herabgesetzt sein . . .“

Berichtliches

Wellsprachen. Es mag heute etwa 600 verschiedene Sprachen geben, ohne die 3000 bis 4000 Dialekte eingerechnet. Nun wird vielfach angenommen, daß auf der Welt am meisten englisch und französisch gesprochen wird, aber diese Ansicht beruht auf einem Irrtum, denn das Chinesisch ist erheblich verbreiteter, sprechen doch nicht weniger als 480 Millionen Menschen diese Sprache. An zweiter

Stelle folgt das Indische, das 325 Millionen als Muttersprache dient. Dann erst kommt Englisch mit 175 Millionen, Deutsch mit 95, Spanisch 85, Russisch 80, Französisch 45 und Italienisch 40 Millionen. Anders sieht diese Rubrik aus, sobald man berechnet, wie viele Menschen die einzelnen Sprachen verstehen, da machen die Weltsprachen Englisch, Spanisch und Französisch ganz gewaltige Sprünge. Englisch verstehen rund 250 Millionen, Französisch 200, Russisch 125, Spanisch und Deutsch je 120 Millionen.

Fachtechnisches

Die gegenseitig optische Beeinflussung der Farben.

Ein französischer Seidenweber erhielt von einem Kunden rotes und schwarzes Seidengarn mit dem Auftrage, daraus einen Stoff zu weben, der schwarze Karos auf rotem Grund zeigte. Als der Stoff fertig war, weigerte sich der Auftraggeber, ihn abzunehmen, da die Karos grün und nicht schwarz seien, der Weber also nicht das gelieferte, sondern anderes Garn verwendet habe. Der Weber schwor Stein und Wein, er hätte nur das genommen, was ihm geliefert worden war, der Garnlieferant aber verwies auf die offenkundig grüne Farbe der Karos und folgerete daraus, daß das gelieferte rein schwarze Garn, von dem er eine Probe vorlegte, nicht verwendet sein könne. Es kam zum Prozeß, und der Richter wollte angesichts der bestimmten Versicherung beider Parteien, die rechtschaffene Leute waren, nicht ohne Hinzuziehung eines Sachverständigen entscheiden. Als solcher wurde der berühmte französische Chemiker Chevreul gewählt, und dieser stellte durch Auszupfen von den grün erscheinenden Fäden aus dem fertigen Gewebe fest, daß es sich tatsächlich um schwarzes Garn von derselben Beschaffenheit wie das gelieferte handle, was nur infolge der roten Umgebung nach Grün beeinflusst sei. Dieser Prozeß veranlaßte nun Chevreul, sich näher mit derartigen Farbenproblemen zu beschäftigen, und so wurde er zuerst der wissenschaftliche Entdecker des Kontrastes benachbarter Farben, und er formulierte zum ersten Male das Gesetz von der Beeinflussung der Farben aufeinander.

Man erkennt also, welche Rolle der Kontrast gerade im Kunstgewerbe spielt und wie wichtig es ist, Mittel zu finden, um Kontrastwirkungen auszuschalten, wenn sie dem Gesamterfolge hinderlich werden könnten. Bei solcher Sachlage lohnt es sich wirklich, einmal seinen Malkasten und sein zeichnerisches Talent hervorzuholen und ein paar malerische Experimente anzustellen.

Man entwerfe zunächst mit Bleistift ein einfaches fortlaufendes Mäanderornament. Dieses Ornament führe man dann ebenfalls in den beiden Farben Rot und Blau aus. Für Rot nimmt man leuchtendes Krapp und für Blau kräftiges Pariser oder Preußisch Blau. Die Farben sollen unmittelbar aneinanderstoßen, der Grund möge blau und das Mäanderband darauf rot sein. Wenn man dann das Aussehen des Rot und des Blau im Mäanderband mit dem Aussehen dieser Farben allein auf weißem Papier vergleicht, so wird man einen großen Unterschied bemerken. Das Rot des Mäanders erscheint auf dem blauen Grunde blässer und gelber und das Blau des Grundes grünlicher als auf einer weißen Fläche. Wir wissen bereits, daß diese Erscheinung das Resultat der gegenseitigen Beeinflussung zweier benachbarter Farben ist. Außerdem fällt dem aufmerksamen Beobachter auf, daß die Grenzlinien zwischen den beiden Farben verwaschen erscheinen; es macht fast den Eindruck, als sei doch nicht mit Rot und Blau, sondern mit einer violetten oder Purpurfarbe gearbeitet worden. Jedenfalls macht das Ornament infolgedessen einen etwas unbefriedigenden Eindruck.

Jetzt ziehe man auf einem Teil des fertigen Ornamentbandes alle Grenzlinien zwischen zwei Farben mit einer nicht zu kräftigen, aber tief schwarzen Linie nach. Der Erfolg wird überraschend sein. Das Rot wird kräftiger und dunkler, das Blau weniger grünlich erscheinen und das Flimmern der Grenzlinien wird aufhören. Mit einem Wort: die bisher störende Einwirkung der benachbarten Farben aufeinander ist aufgehoben.

Die Kontur bildet also, wie dieser Versuch gelehrt hat, nicht nur ein rein formales Element, sondern sie wirkt auch trotz ihrer anscheinenden Farblosigkeit stark auf den rein koloristischen Effekt ein, eine Erkenntnis, deren bewußte

Benutzung für jeden, der mit Farbe und Farbenwirkung tun hat, von höchster Wichtigkeit und größtem Wert ist. Nun ist aber nicht jede Art der Konturbetonnung gleich wirksam hinsichtlich der Aushebung der gegenseitigen Beeinflussung der benachbarten Farben. Ein Versuch, das ohne weiteres lehren. Wie rein schwarze Kontur so wirken nur noch Goldkonturen, nicht aber Weiß und Silber, und wenn man andere Konturen benutzt, so man finden, daß sie in vielen Fällen nur die unerwünschte nachbarliche Einwirkung der zu trennenden Farben verstärken. Hier muß also die Erfahrung einsehen; das mache man in dieser Richtung viele Versuche, sie lobnen unbedingt durch außerordentliche Erleichterung der Arbeit des Tages. Fr. H. Hansen, Berlin-Lankwitz

Fachliteratur

Fachblatt für Holzarbeiter. Monatshefte für die technische und kunstgewerbliche Fortbildung der holzarbeitenden Berufe. Diese vorzüglich ausgestattete, strierte technische Monatschrift des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin SO. 16, erscheint seit 22 Jahren. Zur fachlichen Weiterbildung jedes in Holzindustrie tätigen Arbeiters ist dies Fachblatt unbedingt; der Bezugspreis beträgt vierteljährlich nur 2 Mark.

Das Bauwerk. Fachblatt des Deutschen Bauwerksverbandes. Hamburg 25, Wallstr. 1. Die Herausgabe dieser fachtechnischen Monatschrift hat sich als eine Notwendigkeit erwiesen. Sache der Mitglieder ist es, ihr Fachblatt, das außerordentlich vielseitig und illustriert ausgestattet ist, zu abonnieren und zu studieren. Der jährliche Bezugspreis für Verbandsmitglieder beträgt 6 Mark.

Literarisches

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3 Mark, für gewerkschaftliche Mitglieder 2 Mark. Früher galt in der Arbeiterbewegung als unumstößliche Weisheit, daß der Arbeiter seinen Willen nicht durchsetzen kann, wenn er nur eine halbe Waage hat. Das Wissen allein tut es nicht. Man muß auch etwas tun, was ein Fachgebiet beherrscht, ein Meister seines Faches ist, dem stehen alle Wege offen, kann die größten Schwierigkeiten überwinden. Seine fachliche Begabung verleiht ihm Geltung! — Worauf es in der Arbeiterbewegung ankommt, heute mehr als je zuvor, ist die Stellungung des Arbeiters. Eine neue Aufgabe hat sich unsern Gewerkschaften eröffnet. In einer großen von Arbeiterpartei der Wirtschaft und der Sozialverwaltung sind ihre Vertreter tätig. Auf vielen Gebieten, die vor dem Krieges Gewerkschaftsvertretern verschlossen waren, haben sie sich gezeigt; daß sie ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bewußtsein, daß sie ihnen überlegen sind. Mehr als je zuvor darum eine theoretische Klärung der Ziele der Bewegung, die geistige Schulung aller in der Bewegung über ihrem Auftrag tätigen Funktionäre die Vorbereitung des „Durchsetzens der Arbeit!“ Das ist die Devise der Gewerkschaften. Das ist auch der Gedanke der Arbeit, der wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Aufgabe der Arbeit ist: auf allen Gebieten, auf denen die Vertreter der Gewerkschaften zur Mitarbeit berufen sind, die Wege zu weisen. Ihre Aufgabe ist nicht nur grobe Theorie zu treiben, sondern die praktischen Probleme theoretisch zu klären. Ihre Aufgabe ist nicht, Wissen aufzuspeichern, sondern der Lektüre, der Initiativen der Kämpfer der Gewerkschaften die sachliche Grundlage zu schaffen. Die Arbeit! In jeder Filiale und in jeder Zelle muß sie zur Verfügung stehen.

Prof. Karl Ballod (Atlantico): Der Zukunftsstaat. Wirtschaftstechnischer und volkswirtschaftlicher Entwurf. 4. vollständig neu bearbeitete Auflage. Umfang XVIII. 296 Seiten. Mit zahlreichen Skizzen und Tabellen. Karton. 4,50 Mark, Seinen 6 Mark. G. S. A. S. Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin W. 30. — Der Verfasser, ein anerkannter Volkswirtschaftler, hat sein berühmtes Werk in vollendeter Reife herausgegeben. Das gewaltige Material aus wichtigsten Industriezweigen und der Landwirtschaft gefaßt, das zu einem eindrucksvollen Bild wirtschaftsrechtlicher Zusammenhänge unserer Zeit. Eingehend weist er dann auf die dieser auch nach, daß alle diese Möglichkeiten dazu dienen müssen, nicht nur das Arbeitslosenseind zu bannen, sondern auch die Volkswirtschaft weiterer Blüte entgegenzuführen. Ungemein ist seine Kritik der deutschen republikanischen Wirtschaftspolitik. Sozialpolitik. Wir verstehen wohl, daß Ballod, der der Sozialkommission angehört, über manche Vorgänge schwer ärgert ist; nicht verstehen wir aber, daß er in seinem gewaltigen wissenschaftlichen Werk seinen ganzen Groll so einseitig auf sozialdemokratische Regierungsmittel ausrichtet und so durch zu einer Kampfschrift stempelt.

Vom 19. bis 25. Juni ist die 25. Beitragswoche

Storbefehl.

- Dresden. (Zahlfelle Zittau.) Am 22. April ist unser treuer Kollege Kurt Neumann freiwillig aus dem Leben. — (Zahlfelle Neugersdorf) Am 11. Juni starb unser langjähriges, freies Mitglied Paul Heim (Mitbegründer der Zahlfelle) im Alter von 53 Jahren.
- Frankfurt a. M. (Zahlfelle Rapolzhausen.) 2. Juni starb nach langem Leiden unser treuer Kollege Heinrich Bröll im Alter von 38 Jahren.
- Wiesbaden. Nach längerer Krankheit starben unsere treuen Kollegen: Peter Kundermann am 14. Februar an Altersschwäche, Anton Reinschöfer am 17. März an Magenkrebs, Th. Weiland am 31. März an Lungenentzündung und Karl Fischer am 5. Juni an Gehirnerkrankung. Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Materialverwalter zum sofortigen Eintritt gesucht. Erforderlich: Malerbescheinigung, Ration, gute Handschrift.
L. Ziegler, Werkstätte für dekorative Malerei
Heidelberg, Rettengasse 19.

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum . . .

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 4 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungs- und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!